

29.02.2012

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die  
**Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**  
am 23.02.2012

**Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr**  
**Sitzungsende: 19:10 Uhr**  
**Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau**

**Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Schönemann, Ralf

**Fraktion der CDU**  
Trocha, Harald  
Rumpf,

Anwesend bis TOP 9.1  
Vertreter für Herrn Gebhardt,  
Anwesend ab TOP 5.4

**Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**  
Krüger, Otto-Harald

**Fraktion der SPD**  
Hartmann, Robert  
Dreibrodt, Hans-Peter

Vertreter für Herrn Laue  
Anwesend ab TOP 6.3

**Fraktion Pro Dessau-Roßlau**  
Otto, Hans-Georg

**Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN**  
Busch, Thomas

**Fraktion der FDP**  
Neubert, Jürgen Dr.

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie – mit 7 stimmberechtigten Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

### 2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde kein Änderungsbedarf angezeigt, so dass sie durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

#### Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

### 3. **Genehmigung der Niederschrift des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 12.01.2012**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 07.11.2011 wurden keine Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** stellte die die Niederschrift zur Abstimmung.

#### Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 2

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

Angefragt wurde durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, die in der letzten Sitzung durch Herrn Prof. Oswald in Aussicht gestellte Informationsveranstaltung zur Verwendung der UNESCO-Mittel. Diese Veranstaltung befinde sich in Vorbereitung, informierte **Herr Schönemann**.

### 4. **Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** informierte über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 12.01.2012 gefassten Beschlüsse:

#### 8.1 **Entwicklung Gelände Schadebrauerei** Vorlage: DR/BV/456/2011/ CDU

Der Beschlussvorschlag wurde mehrheitlich abgelehnt.

#### Abstimmungsergebnis:

3 : 5 : 1

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

## **5. Öffentliche Informationsvorlagen**

### **5.1. Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2012 Vorlage: DR/BV/009/2012/VI-60**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

### **5.2. Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2012 Vorlage: DR/BV/010/2012/VI-60**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

### **5.3. Sanierungsgebiet Altstadt Roßlau - Maßnahmen- und Finanzierungsplan für das Haushaltsjahr 2012 Vorlage: DR/BV/011/2012/VI-60**

Die Nachfrage von **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, ob sich die Aufwendungen für das Vorhaben des Saarländischen Schwesternverbands auf den ursprünglichen Standort Schillerplatz beziehen würden, wurde durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, bejaht. Er empfahl, diese Mittel im Maßnahme- und Finanzierungsplan zu belassen, um sie für adäquate Vorhaben am Standort einsetzen zu können.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, verwies auf mögliche Nachnutzung in diesem Bereich und empfahl ebenso die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Mittel vorzuhalten.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

### **5.4. Maßnahmebeschluss für die Freifläche am Sport- und Kurshaus Vorlage: DR/BV/431/2011/VI-65**

Nach Anfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zur Einbeziehung des Gestaltungsbeirats, die **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, bestätigte, wurden keine weiteren Wortmeldungen geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**5.5. Ostrandstraße 3. BA Zweite Muldebrücke**  
**Information über Terminablauf und Risikobewertung der Planfeststellung**  
**für die lichtsinalisierte Kreuzungslösung**  
*(Wiedervorlage nach Verweisung im Stadtrat am 01.02.2012)*  
**Vorlage: DR/IV/069/2011/VI-66**

Durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, wurde eingangs auf die bereits erfolgte Behandlung in der Sitzung am 12.01.2012 verwiesen. Nach der Verweisung der Informationsvorlage in der nachfolgenden Stadtratssitzung am 01.02.2012 habe man die Vorlage nun erneut auf der Tagesordnung.

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde zu Protokoll gegeben, dass die in der Arbeitsberatung am 24.01.2012 mit der Verwaltung besprochenen Termineinsparungen von vier Wochen nicht in den vorliegenden Ablaufplan eingearbeitet worden.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**6. Öffentliche Beschlussfassungen**

**6.1. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zur 1. Ergänzung des Flächennutzungsplans für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt**  
**Vorlage: DR/BV/433/2011/VI-61**

Nachdem **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, mit dem Votum 6–0–0 auf das Ergebnis der Beschlussfassung des Ortschaftsrates hingewiesen hatte, wurde, nachdem keine Rückfragen geäußert wurden, die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**8 : 0 : 0**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

**6.2. Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 61**  
**"Altenpflegeheim an der Feldstraße"**  
**Vorlage: DR/BV/036/2012/VI-61**

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, erläuterte einfürend den bisherigen Werdegang des Investitionsvorhabens des Saarländischen Schwesternverbandes. Nachdem erkannt werden musste, dass für den Standort keine Mehrheiten zu erzielen waren, wurde gemeinsam mit der Verwaltung nach Alternativen gesucht. Ergebnis sei nun die Konzentration des Investors auf den Standort Feldstraße. Im Sinne einer zügigen Vorhabensbegleitung, die man dem Investor zugesagt habe, müsse man sich nun mit dem Aufstellungsbeschluss für den neuen Standort befassen.

In einer Gesprächsführung mit dem Investor in dieser Woche habe man nach kurzer Beratung Einigkeit in einer Vielzahl von Punkten erzielt. Mit dem Ziel des Abschlusses einer Rahmenvereinbarung werde man sich im Folgenden mit der Entwicklung an den Standorten Schillerplatz, Feldstraße, Waldstraße und Lukoer Straße beschäftigen. Darüber hinaus habe man vorerst beiderseitiges Stillschweigen zur laufenden Projektentwicklung vereinbart. Die Ergebnisse wei-

terer Beratungen werde man zu gegebener Zeit bekannt geben, um die Beteiligten vom Stand der Bearbeitung in Kenntnis zu setzen.

Durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, wurde ergänzt, dass seitens des Investors bereits eine Informationsveranstaltung mit den Betroffenen durchgeführt wurde.

Die Anwohner der Feldstraße wurden, so **Herr Beigeordneter Hantusch**, auf Initiative des Investors eingeladen und vom Vorhaben informiert. Einwände wurden dabei nicht vorgebracht. Eine Einbeziehung der Öffentlichkeit werde es darüber hinaus im Bauleitplanverfahren in zwei Verfahrensschritten geben.

**Herr Schönemann** votierte dafür, dass seitens des Bauausschusses auch künftig eine enge Begleitung des Investors und des Vorhabens erfolgen sollte.

**Frau Müller, Ortsbürgermeisterin Roßlau**, informierte darüber, dass der Ortschaftsrat noch nicht zur vorliegenden Beschlussvorlage getagt habe, da man die planmäßige Sitzung verschoben habe. In einer Arbeitsberatung am 21.02.2012 habe man jedoch die Inhalte der Vorlage besprochen und das Für und Wider diskutiert. Die Abstimmung des Ortschaftsrates werde in einer Sitzung am 08.03.2012 nachgeholt werden. In der bisherigen Diskussion wurde deutlich, dass auch der Standort Schillerplatz weiterhin in die Betrachtungen einbezogen werden muss. Seitens des Investors erfolgte hierzu bereits ein positives Votum, den Standort eventuell für Betreutes Wohnen zu entwickeln. Dies sei für die Entwicklung der Innenstadt von Roßlau als wünschenswert zu bezeichnen.

Der Schillerplatz stehe nach wie vor im Fokus der Betrachtungen, bestätigte **Herr Schönemann**.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**6 : 0 : 2**

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

### **6.3. Ersatzneubau Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185 Maßnahmebeschluss**

*(Wiedervorlage nach Verweisung im Stadtrat am 01.02.2012)*

**Vorlage: DR/BV/446/2011/VI-66**

Der Vorschlag von **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, die nachfolgenden Tagesordnungspunkte 6.3 und 6.4 im Zusammenhang zu diskutieren, fand allgemeine Zustimmung.

Man befinde sich nunmehr am vorläufigen Scheideweg der Entscheidungsfindung, so Herr Beigeordneter Hantusch. Rückblickend sei festzustellen, dass die Verwaltung bereits im September des Jahres 2011 die Empfehlung hinsichtlich eines Prioritätenwechsels gegeben hatte, da klar war dass man die Ostrandstraße nicht im Fördermittelzeitraum fertig stellen könne. In der Diskussion wurde dargestellt, dass man nicht blauäugig in eine Katastrophe schreiten wolle. Seitens des Stadtrates sei mehrheitlich eine andere Entscheidung getroffen worden, es wurden Prüfaufträge erteilt, es wurden gemeinsame Beratungen mit dem Ministerium geführt. Insgesamt sei das gemeinsame Bemühen als positive Erfahrung zu werten. Jedoch sei am Ende das erhoffte Ziel nicht zu erreichen, nunmehr seien alle vorhandenen Zeitpuffer verbraucht. Am heutigen Tag bzw. zur Stadtratssitzung am 14.03.2012 sei eine Entscheidung nötig.

Der in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses bestätigte Änderungsantrag zur Vorlage treffe im Kern die Intentionen der Verwaltung hinsichtlich des Aufrechterhaltens des Druckes bei der Vorbereitung des Vorhabens Ostrandstraße. Man habe eine darauf aufbauende Änderung der Beschlussvorlage vorgenommen, mit dem Ziel, das Vorhaben Ersatzneubau Muldebrücke mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umzusetzen und das Vorhaben Ostrandstraße bis zur Baurechtschaffung weiter voran zu treiben, um es sofort, wenn Mittel verfügbar sind, umzusetzen.

Zu dem seitens der Fraktionen vorliegenden Änderungsantrag sei anzumerken, dass ein vorzeitiger Maßnahmebeginn für die Ostrandstraße nicht bewilligt werde. Dies wurde in einem heutigen Telefonat mit dem Ministerium bestätigt. Darüber hinaus bedinge ein Maßnahmebeschluss eine entsprechende Planungssicherheit, über die man aufgrund der notwendigen Abwägung zwischen den Varianten Kreisverkehr oder Lichtsignalanlage im Kreuzungsbereich Wasserstadt derzeit nicht verfüge. Dieser Beschluss sei möglich, jedoch wegen seiner unsicheren Inhalte hinsichtlich Projektbeschreibung und Finanzierung nur sehr vage und obendrein zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig.

Darüber hinaus sei es besser, inhaltliche Anträge im Fachausschuss vorzubringen und nicht im Finanzausschuss, der nur beratend zu den finanziellen Rahmenbedingungen des Vorhabens beteiligt worden sei.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** erläuterte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, stellvertretend für den Einreicher die Intention, die mit der Einbringung des Änderungsantrags verbunden sei. Die Einbringung in den Finanzausschuss erfolgte, da dieser Ausschuss vor dem Bauausschuss getagt hatte. Im Verfahren sei festzustellen gewesen, dass keine Vertrauensbasis zwischen der Verwaltung und den Stadträten existiere. Der Minister habe in den Gesprächen einen vorzeitigen Maßnahmebeginn für beide Vorhaben zugesagt. Die Umsetzung gemeinsamer Vereinbarungen seitens der Verwaltung sei nicht erkennbar.

Aufgrund dieser Zusagen habe man am heutigen Tage nochmals das Gespräch mit dem Ministerium gesucht, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn sei darüber hinaus auch nicht notwendig, da alle Kosten bis zur Baurechtschaffung für das Vorhaben Ostrandstraße im Haushalt berücksichtigt wurden.

Wenn die Baurechtschaffung auch den Abschluss der Ausführungsplanung beinhalte, so **Herr Otto**, sei das zu akzeptieren.

An dieser Stelle korrigierte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**. Finanziell eingeplant sei die Fortführung des Vorhabens bis zur Genehmigungsplanung, der Leistungsphase 4. Die Ausführungsplanung, Leistungsphase 5, sei nicht eingeschlossen. Die dafür notwendige Bearbeitungszeit beschrieb er auf Nachfrage von **Herrn Otto** mit ca. 6 Monaten.

Weitere Fragen seien zum Planfeststellungsverfahren zu stellen, so **Herr Schönemann**. Wie werde der Umgang mit der Vielzahl der Einwendungen erfolgen, wie positioniere man sich zur Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans. Gern könne man diese Fragen auch später erörtern, jedoch seien Antworten zu geben.

Zur Fortsetzung des Vorhabens Ostrandstraße bis zur Baurechtschaffung habe man Konsens, zog **Herr Beigeordneter Hantusch**, ein Zwischenfazit. Der neue, erste Beschlusspunkt weise die Verwaltung an, das Projekt weiter voran zu bringen. Es werde eine ständige Begleitung durch den Bauausschuss erfolgen bis das Baurecht geschaffen sei. Wenn dann eine Fördermittelbewilligung erfolge, werde man das Vorhaben umsetzen. Zusammenfassend könne man feststellen, dass der hohe Druck aufrechterhalten werde.

Nach der Forderung von **Herrn Otto** im Beschlusspunkt 6 die Formulierung Planfeststellungsbeschluss durch Genehmigungsplanung, Leistungsphase 4, zu ersetzen, erklärte **Herr Unger**,

**Tiefbauamt**, dass die Planungen bis zur Fertigstellung der Leistungsphase 4 beauftragt und die Kosten im Haushalt eingestellt seien. **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, ergänzte, dass der Planfeststellungsbeschluss auf der Genehmigungsplanung, Leistungsphase 4, basiere.

Zum Verweis des **Herrn Otto** zum Beschluss des Stadtrates, die Lichtsignalanlage für die Kreuzung Wasserstadt betreffend, bestätigte **Herr Beigeordneter Hantusch** die prioritäre Bearbeitung der Variante Lichtsignalanlage. Im Verfahren sei aber eine Abwägung mit der Variante Kreisverkehr vorzunehmen, so dass man diese Ergebnisse den Gremien vorlegen werde. Dies fand Zustimmung von **Herrn Otto**.

Abschließend bat **Herr Schönemann**, den Konsens des Bauausschusses auch als Botschaft in den Stadtrat zu transportieren. Der sich in der Vergangenheit abzeichnende Dissens zwischen den Ausschüssen und dem Stadtrat und die dabei vorgenommenen taktischen Spielchen seien als nicht zielführend zu bezeichnen.

Den Vorwurf, taktische Spielchen vorgenommen zu haben, wies **Herr Otto** zurück. Man habe Überlegungen angestellt, den Bauzeitraum zu verkürzen, um Entscheidungen später treffen zu können, wenn das Klagerisiko bei der Ostrandstraße besser abschätzbar sei. Darüber hinaus sei es in den Überlegungen um Kosteneinsparungen gegangen, die bei Verzicht auf eine Behelfsbrücke für den Ersatzneubau der Muldebrücke möglich gewesen wären.

Die Verwaltung werde zu den nachfolgenden Sitzungen, die Änderungen, die heute einen Konsens gefunden haben, in die Vorlage einarbeiten, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Für die Sitzung des Hauptausschusses werde man die Änderungen als Tischvorlage ausreichen, da die Unterlagen bereits versandt seien. Für die Stadtratssitzung werde man die geänderte Vorlage ausreichen.

Seitens **Herrn Rumpf, Fraktion der CDU**, wurde der Zeitpunkt, wann der Verwaltung klar war, dass die Ostrandstraße nicht termingerecht fertig gestellt werden könne, und wann der Prioritätenwechsel erfolgt sei, nachgefragt. Hierzu erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass sich entsprechend den vorgelegten Beschlussempfehlungen eine Klarheit im August/September 2011 abzeichnete. Ein Prioritätenwechsel erfolgte jedoch nicht, das Verfahren Ostrandstraße wurde weiterhin mit höchstem Druck bearbeitet. Parallel wurde das Vorhaben Ersatzneubau Muldebrücke geplant. Da der Verwaltung klar war, dass nur ein Vorhaben termingerecht umzusetzen sei, wurden auch die entsprechenden Haushaltspositionen mit Muldebrücke benannt. Der Entscheidung des Stadtrates, dieses zu ändern, sei man gefolgt.

Die Verantwortlichen für den Zeitverzug in der Bearbeitung des Verfahrens Ostrandstraße habe man bisher nicht benannt, so **Herr Schönemann**. Der Stadtrat habe die Prioritäten auf die Ostrandstraße gesetzt. Der Dezernent habe vor dieser Entscheidung gewarnt.

Dass seitens der CDU nun solche Vorwürfe zu den Haushaltsberatungen aufgemacht werden und dass aus denselben Kreisen ein Offener Brief mit Unterstellungen und unhaltbaren Vorwürfen verbreitet werde, sei sehr schade, so **Herr Beigeordneter Hantusch**. Jetzt sei es besser, gemeinsam Positives auf den Weg zu bringen und beide Vorhaben zu befördern.

**Herr Otto** votierte dazu, nun die Vorlagen abzustimmen. Die Schuldigen, die in einem früheren Stadium des Prozesses zu finden seien, solle man nicht jetzt suchen. Dafür sei der Bauausschuss nicht das geeignete Gremium.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

### Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

- 6.4. Beschluss zur Prioritätensetzung Ausbau Hauptstraßennetz  
Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe sowie einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung zur Finanzierung des Ersatzneubaus der Muldebrücke  
(BW 11) im Zuge der B 185  
Entscheidung über die Prioritätensetzung zum Einsatz der der Stadt Dessau-Roßlau in der EU-Strukturfondsperiode EFRE 2007 - 2013 in Aussicht gestellten Fördermittel aus dem Programm "Förderung von Vorhaben aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und mit Bundesmitteln nach § 3 Abs. 1 S. 1 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG) für Vorhaben des kommunalen Straßenbaus"  
Vorlage: DR/BV/031/2012/VI-66**

Die Diskussion zum Tagesordnungspunkt erfolgte im Zusammenhang mit dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt. Darüber hinaus gehende Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

### Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

Durch **Herrn Otto** wurde für eine weitere informelle Sitzung zwischen der Verwaltung und den Stadträten die Thematik Verkehrsführung der stadtseitigen Kreuzung an der Muldebrücke angeregt.

## **7. Öffentliche Anfragen und Informationen**

### **7.1. Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung**

#### **7.1.1. Gestaltung der Wohnhöfe des Wohnungsvereins Dessau e. G.**

Durch **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, wurde, der Bitte des Bauausschusses in seiner Sitzung vom Mai 2011 folgend, die Vorstellung der Gestaltung der Wohnhöfe des Wohnungsvereins angekündigt. Eine Beratung des Gestaltungsbeirats habe man bereits vorgenommen.

Durch **Herrn Schmidt, Wohnungsverein Dessau e. G.**, wurden die drei Einzelvorhaben mit einer Gesamtinvestitionssumme von ca. 500 T€, die mit Mitteln der Sozialen Stadt gefördert werden, erläutert.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bezeichnete die Projekte als unterstützenswürdige Vorhaben.

Die Frage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zur Zeitplanung beantwortete **Herr Schmidt** dahingehend, dass ein Abschluss bis zum Ende des Jahres 2012 vorgesehen sei.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

### 7.1.2. Verpachtung des Kornhauses

**Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, berichtete zum Verfahren und den Ergebnissen der Ausschreibung der Verpachtung des Kornhauses und resümierte, dass man mit der ersten Ausschreibung bereits alle potentiellen Interessenten erreicht habe. Als wenig hilfreich im Verfahren bezeichnete er die negative Berichterstattung in der örtlichen Presse. In der Sitzung des Hauptausschusses in der kommenden Woche werde man eine Entscheidung zum weiteren Vorgehen vorbereiten.

Sonstige Wortmeldungen erfolgen nicht.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

### 7.1.3. Städtebauliche Reparatur des Meisterhausensembles

Auf gute und schlechte Nachrichten verwies **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, eingangs und berichtete ergänzend zu seinen Ausführungen der letzten Sitzung zum Vorhaben Meisterhäuser über negativ verlaufene Ausschreibungen und die notwendige Überarbeitung der Kostenprognose. Mittlerweile verzeichne man eine Kostensteigerung von ca. 30 %, was Mehrkosten von rund 900.000 € entspreche. Wie diese Kostenerhöhungen entstanden, werde man in der nächsten Ausschusssitzung erläutern.

Bei diesem Projekt sei die Frage der Beibehaltung des angestrebten architektonischen Ziels als zustimmend zu beantworten, so dass nunmehr Möglichkeiten der Finanzierung der zusätzlichen Kosten zu prüfen seien. Die Novellierung des Maßnahmebeschlusses werde man in der nächsten Ausschusssitzung vorlegen.

Durch **Herrn Schmieder, Leiter des Bauverwaltungsamts**, wurde ergänzt, dass der Fördermittelgeber bereits von den Mehrkosten in Kenntnis gesetzt wurde. Es wurde bestätigt, dass das Land hinter dem Projekt stehe und gemeinsam mit der Stadt eine Lösung suchen werde. Ein diesbezüglicher Vorschlag werde Inhalt des novellierten Maßnahmebeschlusses werden.

Für die Informationen dankend, legte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, das Augenmerk auf die Notwendigkeit des verantwortlichen Umgangs mit öffentlichen Mitteln. Auch diesen Kostenentwicklungen seien Grenzen zu setzen, ein maßvoller Umgang mit den Mitteln sei auch beim Architekten einzufordern.

Hierzu sei anzumerken, so **Herr Bekierz**, dass auch durch den Architekten die Kostenprobleme frühzeitig erkannt wurden und eine vorbildliche Lösungssuche folgte. Mangelnde Erfahrungswerte bei den zu verwendenden Werkstoffen seien teilweise für die Entwicklung verantwortlich.

Nach der Meinung von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, seien die Grenzen der Kostenentwicklung bereits überschritten. Bereits im Vorfeld wurde der Vergleich mit der Errichtung zweier Einfamilienhäuser in die Diskussionen eingebracht. Die jetzigen Gesamtkosten seien nicht nachvollziehbar.

Auf Nachfrage von **Herrn Hartmann, Fraktion der SPD**, zur Ausschreibung von Außenhaut und Fenstern als kostentreibende Faktoren, erklärte **Herr Bekierz**, dass man aufgrund der Entwicklungen bei der Ausführung der Fenster bereits hinsichtlich des zur Anwendung kommenden Werkstoffs reagiert habe.

Zur folgenden Frage von **Herrn Hartmann**, die Begrenzung der Honorarkosten betreffend, verwies **Herr Bekierz** auf die Regelungen der neuen HOAI; die jedoch nur zu Beginn der Vertragsbindungen entsprechende Optionen ermögliche. Zu den Gründen der Kostenentwicklungen müsse man Detailbetrachtungen vornehmen, deren Ergebnisse man in der folgenden Sitzung vorstellen werde.

Nach dem Hinweis, dass die Kostenverfolgung eng durch den Architekten zu begleiten sei, bat **Herr Schönemann** um die laufende Information des Gremiums zum Fortgang des Vorhabens.

Im Zusammenhang mit der Vorstellung des novellierten Maßnahmenbeschlusses werde man, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, neben der Darstellung der Kostenentwicklung bei den Meisterhäusern in einer gesonderten Vorlage das allgemeine Verfahren zur Kostenverfolgung bei investiven Vorhaben vorstellen.

Wie bereits zu Beginn angesprochen, gebe es auch eine positive Nachricht, so **Herr Bekierz**. Für das Projekt interessiere sich der weltweit namhafte deutsche Künstler Thomas Demand, der die Ausgestaltung des Artefakts zu einem Kunstwerk anstrebe. Die Umsetzung erfolge jedoch nur, wenn für die Stadt keinerlei Kosten entstehen. **Herr Beigeordneter Hantusch** ergänzte zur Kostenneutralität des Projekts, welches Kosten in Höhe von ca. 600.000 € verursache, dass bereits Gespräche zur Einwerbung der Mittel vorbereitet werden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

## **7.2. Sonstige Anfragen und Informationen**

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dankte der Verwaltung, dass seinem Hinweis zur notwendigen Beräumung des Wegs am Kühnauer See vom Schnittgut zeitnah nachgegangen wurde. Eine weitere Anregung von Bürgern brachte er für den Bereich Achteck vor. Hier sei zu prüfen, ob bei der anstehenden Umgestaltung der innen liegenden Grünfläche, derzeit seien Baumfäll- und –schnittarbeiten im Gange, die Anordnung von Stellflächen möglich sei. Eine Beteiligung wurde seitens der Anwohner signalisiert.

Man werde diese Anregung prüfen, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:15 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### 11. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 19:10 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 29.02.2012

---

Ralf Schönemann  
Vorsitzender  
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf  
Schriftführer

Anlage:

. Anwesenheitsliste